

# ZUKUNFT STATT ABBAU



«ZUKUNFT STATT ABBAU» – für einen Kanton mit Zukunft statt Abbaupolitik

Seit dem 1. Juli 2015 wird das Baselbiet von einer noch stärkeren rechtskonservativen Mehrheit von FDP und SVP regiert. Die SP ist als soziale Kraft nicht mehr im Regierungsrat vertreten. Das hat Konsequenzen: Bereits im Sommer hat die Regierung dem Kanton ihre rigiden Abbaupläne auferlegt. Unter Beschuss stehen unter anderem der öffentliche Verkehr, die Bildung und Kultur sowie soziale Errungenschaften und das Staatspersonal. Die Parlaments- und Regierungsmehrheit wird mit einer überheblichen Haltung versuchen, ihr ideologisches, staatsfeindliches Programm gegen die Interessen der Bevölkerung durchzusetzen. Solche Abbauvorlagen wird die SP im Parlament bekämpfen und falls notwendig vor das Volk bringen. Es braucht die SP als Kontrapunkt stärker als je zuvor. Die SP will den Kanton mitgestalten. Da sich die Mehrheit im Landrat aber fortschrittsfeindlich verhalten und auf keine Idee der SP eingehen wird, sind auch Volksinitiativen ein mögliches Mittel. Als Partei ausserhalb der Regierung wird die SP daher noch stärker auf der Strasse vertreten sein. Wir sind die Kraft, die Zukunft gestaltet und sich gegen ruinösen Abbau stellt.

*Die SP fordert zukunftsorientierte Politik im Interesse der Bevölkerung, statt ruinösen Abbau. Die Schwerpunkte Transparenz, Finanzen, Bildung, Wohnen und Service Public macht die SP im Landrat und in Kampagnen mit direktdemokratischen Mitteln sichtbar:*

## 1. TRANSPARENZ UND KLARHEIT STATT POLITFILZ

Im Baselbiet sind die Verflechtungen zwischen Politik und Verbänden so eng und undurchschaubar. Die Wirtschaftskammer erfüllt eine grosse Anzahl öffentlicher Aufgaben, der Überblick ist schwierig und an Kontrolle mangelt es. Werden alle Aufgaben korrekt ausgeführt? Gleichzeitig beeinflussen die gleichen Verbände die kantonalen Abstimmungen und Wahlen mit enormen Geldbeträgen. Damit ist nicht mehr sichergestellt, dass sich die Öffentlichkeit unabhängig eine Meinung bilden kann. Vielfach stehen Einzelinteressen über dem Allgemeinwohl.

### ➤ **Offenlegungspflicht von grossen Kampagnenbudgets**

Ab einem Budget von 25'000 Franken soll die Öffentlichkeit wissen dürfen, wer mehr als 2'000 Franken an eine Abstimmungskampagne spendet und welche Einzelinteressen hinter einer Kampagne stehen (Motion Meschberger / 2015-315).

### ➤ **Aufklärung im Bereich der staatlichen Leistungsaufträge an die Wirtschaftskammer**

Regierung, Parlament und Behörden müssen immer im Bild darüber sein, ob staatliche Aufträge von Privaten korrekt durchgeführt werden. Der Kanton muss sicherstellen, dass keine Steuergelder in private Hosentaschen abgezweigt werden (Schr. Anfrage Brassel / 2015-279). Diese Kontrollaufgaben dürfen nicht an gewinnorientierte Private delegiert werden.

### ➤ **Verflechtungen von Wirtschaftskammer, einzelnen staatsnahen Unternehmen und Staat müssen offengelegt und hinterfragt werden**

Die SP verlangt, dass die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Kanton sorgfältig, ökologisch und ökonomisch nachhaltig gesteuert wird – Lobbyisten haben da nichts zu suchen. Es geht nicht um die Interessen weniger, sondern jene der ganzen Bevölkerung. Wenn die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen von Wirtschaftskammer-Lobbyisten zu ihren Gunsten beeinflusst wird, soll die Bevölkerung das erfahren dürfen.

## 2. EHRliche ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NACHBARN STATT TEURE LUXUS-PROJEKTE IM ALLEINGANG

Die rechtskonservative Regierung und das Parlament haben in den vergangenen Jahren eine Steuersenkungspolitik durchgeboxt, die vor allem einigen Wenigen nützlich war: Vor allem das grosse Geld wurde entlastet, Kapitalsteuern wurden gesenkt (Unternehmenssteuerreform II). Weil so wichtige Staatseinnahmen wegfielen, brachte diese Politik der grossen Mehrheit nur Kürzungen und Sparübungen. Die jährlichen Steuerausfälle betragen 188 Millionen Franken – in diesem Umfang will die Regierung nun sparen. Oben geben – unten nehmen? Eine solche Steuer- und Finanzpolitik ist nicht im Sinne des Allgemeinwohls. Die SP wird eigene Sanierungsvorschläge ausarbeiten: Mit Kürzungen alleine

können die rasanten Mehrausgaben im Gesundheitsbereich nämlich unmöglich kompensiert werden. Diese Explosion dieser Kosten ist verursacht durch den engstirnige Alleingang in der Spitalplanung der bürgerlichen Gesundheitsdirektoren.

- **Ausbau der kantonalen Erbschaftssteuer – weg vom ruinösen Steuerwettbewerb**  
Seit der Abschaffung der Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen im Jahr 2001 entgingen der öffentlichen Hand jährlich über 22.5 Millionen Franken, seit 2010 ca. 33 Mio. Franken – insgesamt hunderte Millionen Franken, die für wichtige Projekte fehlen. Deshalb fordert die SP die Wiedereinführung einer allgemeinen moderaten kantonalen Steuer auf Millionenerbschaften. Der Steuerwettbewerb treibt die Kantone in den Ruin. Die SP lehnt weitere Steuersenkungen klar ab. Allfällige Bestrebungen der Rechtskonservativen, die Steuern für die Schwächsten zu erhöhen sind frech. Auch der Versuch, Vermögenssteuern zu senken wird bekämpft. Weiter darf die Unternehmenssteuerreform III nicht zu noch mehr Ertragsausfällen führen.
- **Verzicht auf monströse Luxus-Projekte – mehr Bescheidenheit hilft den Finanzen**  
Regierung und Parlament möchten unter dem Namen ELBA-Ausbau 1.8 Milliarden in Luxus-Strassen und -Tunnels verlocken. Das Alternativprojekt ELBA-Umbau wäre günstiger. Auch mit dem angedachten und dann verworfenen Neubau des Bruderholz-Spitals wurden Millionen an Projektierungskosten in den Sand gesetzt – unnötige Geldverschleuderung.
- **Die Partnerschaft mit Basel-Stadt ist nicht gratis – einen Alleingang würde das Baselbiet aber teuer bezahlen**  
Noch bei den Abstimmungen über Fusionsprüfung und Regio-Initiative sangen die Rechtskonservativen ein Loblied auf die Partnerschaft – was danach schnell vergessen war. Aktuell kommen vor allem die gemeinsame Trägerschaft der Universität und der Kulturvertrag unter Beschuss, aber auch im Verkehrsbereich denkt der Kanton kurzfristig nur noch bis zur Kantongrenze. Die Rechtskonservativen betreiben mit kurzfristigen Sparübungen Rosinenpickerei, keine Partnerschaftspolitik. So wird die seit Langem notwendige gemeinsame Spitalplanung gefährdet – ein zentrales Projekt für die Finanzen. Das ist unverantwortlich gegenüber der Bevölkerung. Die SP setzt sich dafür ein, dass der Kanton Baselland über die Kantongrenzen hinausdenkt und eine faire Partnerschaftspolitik mit den Nachbarkantonen betreibt.

### 3. BILDUNGSPOLITIK FÜR DIE ZUKUNFT STATT FÜR DAS VORGESTERN

Die Bildungspolitik muss sich an den Herausforderungen der Zukunft orientieren und nicht an den Zeit Profilierungsneurosen einzelner Politiker, die ihre Einzelinteressen auf dem Buckel der Lehrer- und Schülerschaft ausleben möchten. Die SP spricht sich dafür aus, den 2006 und 2010 vom Volk beschlossenen und bekräftigten Weg der Bildungsharmonisierung weiterzugehen. „Bildung ist unsere einzige Ressource“ darf unter der rechtskonservativen Abbaupolitik nicht zur hohlen Phrase werden. Leistungsabbau in der Bildung kommt für die SP nicht in Frage. Harnos und Lehrplan 21 sind ausserdem gesamtschweizerische Entwicklungen, die nicht durch Kantönligeist, Einzelinteressen oder Sparübungen gefährdet werden dürfen.

- **Ja zu Harnos und Lehrplan 21 – Nein zum Kantönligeist**  
Die SP setzt sich für den gemeinsamen Bildungsraum BL/BS/Nordwestschweiz im Bereich der Schultypen, Lehrpläne und Ausbildung der Lehrkräfte ein. Die Kantone der Nordwestschweiz verfügen seit diesem Schuljahr zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder über eine vergleichbare Laufbahn für Schülerinnen und Schüler. Diese Errungenschaft will die SP beibehalten.
- **Keine Verpolitisierung der Bildung – Lehrpläne gehören nicht in den Landrat**  
Die Profilierungsneurosen und Fortschrittsfeindlichkeit einiger LandrätInnen führen zur Verpolitisierung der Bildung. Die SP befürwortet weiterhin, dass die Kompetenz über Lehrpläne beim breit abgestützten Bildungsrat liegt – wie vom Volk 2011 bestätigt.
- **Baselland darf nicht zum Schmarotzerkanton verkommen**  
Leistungsabbau in der Kultur- und Bildungspartnerschaft ist kontraproduktiv. Das Baselbiet profitiert von einer starken Uni Basel. Der Univertrag schützt diese Errungenschaft. Eine Aufkündigung der gemeinsamen Trägerschaft schwächt unseren Kanton und unsere Region.

### 4. ZAHLBARER WOHNRAUM FÜR DIE MENSCHEN STATT STEUERGESCHENKE FÜR UNTERNEHMEN

Seit einigen Jahren wird von der Regierung versucht, mit der „Wirtschaftsoffensive“ neue Steuererträge zu generieren. Nach jahrelanger Planung, oft wechselnden Zuständigkeiten innerhalb der Regierung und etlichen Steuererleichterungen für Unternehmen ist das Resultat ein anderes: Marode Staatsfinanzen. Es ist Zeit für eine

ergänzende Offensive, die den Menschen etwas bringt. Die SP schlägt mit der Umsetzung der Initiative „Wohnen für Alle“ eine Siedlungsoffensive vor.

➤ **Für zahlbaren Wohnraum mit Generationenmix**

Im Frühling 2015 hat die SP die Initiative „Wohnen für Alle“ eingereicht, die zahlbaren Wohnraum für Junge, Singles, Familien und ältere Menschen schaffen soll. Es soll gezielt Wohnraum entstehen, in dem alle Generationen nebeneinander und miteinander wohnen können. Es braucht nicht separaten Wohnsiedlungen für ältere Menschen oder für Alleinstehende, sondern einen guten Mix, damit die Solidarität unter den Generationen wachsen und sich daraus Nachbarschaftshilfe entwickeln kann (Postulat Bammatter / 2015-019). Der Regierungsrat hat eine eigene Vorlage versprochen als Reaktion auf die Volksinitiative. Diese Vorlage wird die SP-Fraktion kritisch prüfen und mit Nachdruck versuchen, die Forderungen der Initiative und der parlamentarischen Vorstösse durchzusetzen.

➤ **Wohnen und Arbeiten müssen näher zusammenrücken**

In der Raumplanung muss dafür gesorgt werden, dass Arbeiten und Wohnen möglichst nah beieinander sind. Nur so kann die bis jetzt ungebremst wachsende Mobilität gesteuert werden. Die Variante ELBA-Umbau als Alternative des Monsterprojektes ELBA-Ausbau sieht ein solches Zusammenrücken vor. Ausserdem sollen hohe Pendlerkosten nicht mehr von den Steuern abgezogen werden können.

➤ **Der Kanton muss seine Areale nutzen – Abgabe im Baurecht für günstigen Wohnraum**

Zahlreiche in der Wirtschaftsoffensive festgelegte Areale bleiben ungenutzt oder unternutzt. Das muss sich dringend ändern. So muss Salina Raurica sofort mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen werden. Weiter darf der Kanton sein Land nicht zu Spottpreisen an Private abgeben: Z.B. sollen Teile von Salina Raurica unter undurchsichtigen Umständen an einen Investor abgegeben werden, im Birsfelder Hafen sind die Bauchrechtszinse viel zu tief angesetzt. Dort könnten viel eher Wohnungen entstehen, die daraus generierten Steuererträge wären für den Kanton viel wertvoller. Mit der Abgabe im Baurecht kann auch preisgünstiger, genossenschaftlicher Wohnraum entstehen (Postulate Schweizer / 2015-015 + 2015-018).

## **5. FÜR EINEN STARKEN SERVICE PUBLIC STATT ABBAUPLÄNE, DIE DEN GEMEINSINN ZERSTÖREN**

Rechtskonservative Regierungspolitik führt zur Zerschlagung des Staates. Die SP setzt sich ein, dass die öffentliche Hand die Aufgaben in der Gesundheitsversorgung, in der Sicherheit und in der Bildung weiterhin als sozialer Arbeitgeber im Dienst der Bevölkerung erfüllen kann. Viele Aufgaben löst der Staat am effizientesten. Zum Service Public gehört auch ein zugängliches Gesundheitswesen, das sich alle leisten können.

➤ **Personalabbau gefährdet den Service Public**

Im Sparpaket 2015 sieht der Regierungsrat eine Reduktion der Personalkosten um 10% vor. Das gefährdet die Sicherstellung der öffentlichen Sicherheit, die Ausübung des Bildungsauftrags an den Schulen und die Erbringung der Verwaltungsdienstleistungen. Die SP stellt sich gegen einseitige Sparübungen auf Kosten der Bevölkerung.

➤ **Der Kanton hat als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion**

Der Staat hat durch die jahrelangen Lohnsenkungen als Arbeitgeber an Attraktivität verloren. Das erhöht die Fluktuation der Mitarbeitenden. Der Kanton kann sich aber nicht leisten, ständig gute Mitarbeitende zu verlieren. Die SP macht sich stark, dass der Kanton die älteren Arbeitnehmenden schützt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzt und einen guten Austausch mit den Sozialpartnern pflegt. Gleichstellung und Integration gehören in die Public Corporate Governance-Richtlinien.

➤ **Ein für alle zugängliches, regionales Gesundheitswesen – Prämien erhöhungen abdämpfen**

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen, eine regionale Spitalplanung war bisher nicht das Steckenpferd der rechtskonservativen Gesundheitsdirektoren. Damit hätten die Kosten nämlich im Zaum gehalten werden können, man hätte dafür einfach über den Tellerrand hinausschauen müssen. Während die Prämien zusammen mit den Kosten ständig steigen, kürzt der Kanton die Richtprämie. So werden immer tiefere Prämienverbilligungen ausbezahlt. Das ist falsch. Wenn die Prämien steigen, sollten auch die Prämienverbilligungen steigen.

## **SP BASELLAND**

Adil Koller, Co-Präsident SP Baselland

Regula Meschberger, Co-Präsidentin SP Baselland

Liestal, 29. Oktober 2015 | [www.zukunftstattabbau.ch](http://www.zukunftstattabbau.ch)